

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 24. März 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Christine Klopfenstein, Nicole Krenger, Alice Kropf, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Nicole Bühler
Entschuldigt	Gemeinderätin de Meuron Andrea, Stadträtinnen Daniela Huber Notter und Sarah Zaugg, Stadtrat Manfred Locher
Schluss der Sitzung	20:15 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst die Anwesenden zur dritten Stadtratssitzung im 2022. Besonders heisst er Franziska Eggenberg als neue Stadträtin willkommen und wünscht ihr viel Befriedigung im neuen Amt. Er betont, dass die Corona-Situation noch nicht vorbei ist. Auch wenn sämtliche Massnahmen aufgehoben wurden, bemüht er sich, Lüftungspausen zu machen. Weiter weist er auf die reich befrachtete Traktandenliste hin und bittet die Stadträte, sich bei den Voten kurz zu halten und Vorstösse rechtzeitig einzureichen.

Der Stadtratspräsident erklärt die Traktandenliste stillschweigend als genehmigt.

22. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17. Februar 2022

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

23. Krieg in der Ukraine

Erklärung des Gemeinderats (vgl. Art. 8 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 45 Abs. 2 Stadtratsreglement)

Der Stadtpräsident informiert über den Informationsanlass vom 23. März 2022, der für die Geflüchteten aus der Ukraine stattgefunden hat. Es waren rund 120 Personen vor Ort. Der Anlass wurde vom Verein Asyl Berner Oberland durchgeführt und hat die ausserordentliche Situation und die humanitäre Krise vor Augen geführt. Der Stadtpräsident dankt dem Stadtrat, dass er im Namen des Gemeinderates eine Erklärung abgeben darf. Seit dem 24. Februar 2022 ist die Ukraine einem Angriffskrieg ausgesetzt und jeden Tag passieren neue schreckliche Ereignisse. Ereignisse mit enormen Auswirkungen auf die Betroffenen und Ereignisse, die Fassungslosigkeit zurücklassen. Der Thuner Gemeinderat ist bestürzt über diese Geschehnisse und verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff von Russland auf das Schärfste. Die Dimensionen dieses Krieges und seine Auswirkungen steigen jeden Tag und die humanitäre Krise nimmt zu. Die Dynamik der Geschehnisse ist gross, was auch in Thun spürbar ist. Die Situation entwickelt sich rasch und die Bereitschaft zu helfen ist gross. Der Gemeinderat, die Stadtverwaltung und zahlreiche involvierte Stellen haben bereits verschiedene Vorbereitungsmaßnahmen getroffen. In Anbetracht dieser Entwicklungen möchte er im Namen des Gemeinderates mit einer kurzen öffentlichen Erklärung einen Überblick über die Situation in Thun geben und darlegen, welche Massnahmen der Gemeinderat bereits getroffen hat und welche geplant sind, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Dem Gemeinderat ist wichtig, gerade in dieser Situation offen und transparent über verschiedene Kanäle zu informieren und er ist froh, wenn der Stadtrat als wichtiges Bindeglied zwischen den Behörden und der Bevölkerung den Gemeinderat dabei unterstützt. Es ist wichtig und richtig, diese Menschen in Not zu unterstützen und humanitäre Hilfe zu leisten. Basierend auf Schätzungen des Kantons ist im Kanton Bern mit der Einreise von 5'000 bis 30'000 flüchtenden Personen zu rechnen. Auf diese herausfordernde Situation muss man sich vorbereiten. Die Stadt Thun arbeitet eng mit dem Bund, dem Kanton und insbesondere dem Verein Asyl Berner Oberland zusammen. Viele der Massnahmen werden proaktiv ergriffen, um gut vorbereitet zu sein. Niemand weiss, wie sich die Lage entwickeln wird. Am letzten Freitag hat der Gemeinderat einen Sonderstab eingesetzt. Dieser besteht aus Mitarbeitenden aus verschiedenen involvierten Abteilungen, insbesondere sind auch Gemeinderat Peter Siegentaler und er selbst mit dabei. Der Sonderstab versucht einen Überblick über sämtliche Tätigkeiten in verschiedenen Bereichen zu behalten, diverse Anliegen und Aufgaben zu koordinieren und kann schnell nötige Entscheidungen treffen. Die Erfahrungen aus der Corona-Krise zeigen, dass sich ein solches Koordinationsorgan bewährt. Seit Anfang März 2022 gibt es eine städtische Ansprechstelle für interne und externe Fragen. Es handelt sich hierbei um ein Angebot, das einem grossen Bedürfnis entspricht. Vorgesehen ist, diese Arbeiten der städtischen Anlaufstelle per Ende März 2022 dem Sonderstab zu übergeben. Durch den Informationsanlass vom letzten Freitag konnte Kontakt mit der ukrainischen Gemeinschaft hergestellt werden. Dieser Austausch hat dem Gemeinderat eindrücklich gezeigt, welche verschiedenen Bedürfnisse, Erwartungen und Probleme bestehen. Die

Absprache und die Vernetzung sind in dieser Krise zentral. Die Anzahl der Flüchtlinge in Thun aktuell zu beziffern ist schwierig. Die Anlässe zeigen lediglich eine ungefähre Dimension. Die Geflüchteten registrieren sich zuerst beim Bund, erhalten anschliessend den S-Status und können sich erst dann in den Gemeinden anmelden. Im Kanton Bern sind, gemäss Angaben des Kantons, momentan 1'900 geflüchtete Personen und 4'600 Unterbringungsplätze gemeldet. In Thun besuchen im Moment 11 Kinder aus der Ukraine die Schule; weitere werden folgen, weshalb bereits jetzt Massnahmen in den Schulen getroffen werden. Für den Fall, dass noch weitere Unterkunftsmöglichkeiten nötig werden, wurden bereits Massnahmen eingeleitet. Er betont, dass für die eigentliche Betreuung und Unterbringung der Verein Asyl Berner Oberland zuständig ist. Bereits kommuniziert wurde, dass ein Solidaritätsbeitrag an die Glückskette gesprochen wurde. Je nach Entwicklung der Situation wird der Gemeinderat direkt und zielgerichtet weitere Unterstützungsbeiträge leisten. Zusammenfassend hält der Stadtpräsident fest, dass die Auswirkungen dieses Krieges alle Betroffenen vor grosse Herausforderung stellt und dass sie auch in Thun mit einer Entwicklung rechnen, die alle fordern wird, unter anderem durch die grosse Dimension der Krise, die vielschichtigen Auswirkungen, die vielen individuellen Schicksale mit gravierenden Folgen für die Betroffenen und die unterschiedlichen Bedürfnisse, die zusammentreffen. Der Thuner Gemeinderat ist durch die gute Zusammenarbeit mit allen involvierten Stellen, durch die eingeleiteten Massnahmen und die spürbare Solidarität überzeugt, dass die Stadt für diese Herausforderungen vorbereitet ist. Klar ist, dass es durch die grosse Dynamik der Krise immer wieder offene Fragen geben wird, die nicht auf Anhieb geklärt werden können und dass nicht alles von Anfang an fehlerfrei ablaufen wird. Zum Schluss bedankt er sich bei allen, die mithelfen und mitdenken. Die Solidarität, das grosse Engagement und die gute Zusammenarbeit sind aus Sicht des Gemeinderates sehr wertvoll.

Der Stadtratspräsident bedankt sich beim Gemeinderat, dass er rechtzeitig und präventiv alle offenen Fragen angeht und probiert, die Flüchtlingsproblematik und die Schicksale zu mildern.

24. Sachkommission Bau und Liegenschaften

Ersatzwahl für die zurücktretende Verena Schneiter (EDU)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst einstimmig:

In die SAKO B+L wird als Mitglied anstelle von Verena Schneiter (EDU) per sofort gewählt: Franziska Eggenberg (EDU).

25. Sporthalle Lachen

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 1.585 Mio. Franken für eine provisorische Fertighalle

Bericht des Gemeinderates 4/2022

Gemeinderat Konrad Hädener weist auf die Baupublikation im Amtsanzeiger vom 24. März 2022 hin, in welcher das Baugesuch für die Halle publiziert ist und betont, dass die Halle voraussichtlich im November 2022 steht, sofern der Stadtrat den Verpflichtungskredit heute bewilligt. Des Weiteren nimmt er Stellung zum Thema Hochwasserschutz. Die Lachenhalle hat in der Vergangenheit nicht durch das Hochwasser an sich, sondern vor allem durch das Grundwasser, welches bei solchen Ereignissen unweigerlich ansteigt, Schaden genommen. Ein steigender Grundwasserspiegel war die Ursache dafür, dass die Halle geflutet werden musste. Ein steigender Grundwasserpegel ist für die neu geplante Halle aber kein Problem, denn diese Halle wird nicht unterkellert, sondern auf ein Fundament gestellt. Das bedeutet, dass der

Hallenboden 50 cm ab gewachsenem Terrain sein wird. Historisch betrachtet war der Seespiegel des Thunersees noch nie so hoch, dass der rote Platz 50 cm ab Terrain geflutet wurde. Sollte dieses unwahrscheinliche Szenario dennoch eintreten, könnte der Hallenboden innert kurzer Zeit herausgenommen werden oder die Halle könnte mit anderen Schutzmassnahmen gesichert werden. Der Gemeinderat ist daher der Meinung, dass für die geplante Halle eine Gefährdung durch Hochwasser kein Problem darstellt.

Reto Schertenleib, **SAKO B + L** und **SAKO BiSK**, setzt die Anwesenden über die besprochenen Gegenstände in den SAKOs, welche das Geschäft gemeinsam diskutiert haben, ins Bild. Er betont, dass der Bedarf an zusätzlichen Hallentrainingsmöglichkeiten unbestritten ist. Diese Möglichkeiten waren bereits knapp und der Leidensdruck hat sich seit dem Wegfall der Armeesporthalle akzentuiert. Speziell für den UHC Thun stellt dies ein existenzielles Problem dar. Mit den Hallenprojekten im Lerchenfeld, Neufeld und im Gymnasium Thun ist mittelfristig eine Verbesserung in Sicht. Kurzfristig liesse sich mit der dringend benötigten Halle eine Entlastung erreichen. Verschiedene Fragen bezüglich Beschaffung, Ausführung, Nutzung und Kosten wurden gestellt und beantwortet. Damit möglichst bald nach dem heutigen Entscheid mit dem Bau begonnen werden kann, haben die Submissionen bereits stattgefunden und die Halle wurde im Einladungs- und die übrigen Arbeiten im freihändigen Verfahren ausgeschrieben, unter Vorbehalt der Kredit- und der Baubewilligung. Sollte es soweit kommen, wird die Halle erhöht erstellt, so dass sie auch bei einem allfälligen Hochwasser genutzt werden kann. Es handelt sich primär um eine Trainingshalle. Wettkämpfe werden vom UHC Thun weiterhin in der Murhalle ausgetragen. Es werden keine eigenen Garderoben erstellt; die Infrastruktur der Lachenhalle kann mitbenutzt werden. Zur gefragten Verhältnismässigkeit betreffend die Nutzung durch übrige Vereine, hält er fest, dass es in erster Priorität um die Bedürfnisse des UHC Thun geht, der seinerzeit auch einen namhaften Barbetrag sowie den Hallenboden beisteuert, gleichzeitig aber auch seine Bereitschaft zeigte, die Halle mit anderen Vereinen zu teilen. Der Boden sollte während der ganzen Nutzungsdauer des Provisoriums Bestand haben. Es wurde festgestellt, dass die jährlichen Kosten für die Halle 160'000 Franken betragen, was dreimal mehr ist als die Miete der Armeesporthalle. Diese Kosten lassen sich damit begründen, weil die Infrastruktur gekauft wird und somit Verzinsung, Unterhalt und Abschreibungen im Betrag enthalten sind. Der Betrag könnte in der Nachkalkulation noch verringert werden, wenn die Halle nach Ablauf der Baubewilligung weiterverkauft werden kann. Diese Prognose ist günstig. Der UHC Thun hat nämlich bereits sein Interesse signalisiert. Zusammenfassend erklärt er, dass die SAKO B + L einstimmig bei einer Vakanz und die SAKO BiSK mit sieben Stimmen bei einer Enthaltung empfehlen, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, hat seinen Ausführungen als SAKO-Sprecher nichts beizufügen. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Simon Werren, **Die Mitte-Fraktion**, betont, dass der UHC Thun eine geeignete Infrastruktur braucht, um als Sportverein funktionieren zu können. Mit dem Wegfall der Armeesporthalle hat sich die Situation deutlich verschlechtert. Genügend Hallenflächen zu finden ist schwierig und aufwendig geworden. Daher ist eine provisorische Halle der einzig richtige Weg, um kurz- bis mittelfristig den Betrieb des UHC Thun in einem guten Umfeld ermöglichen zu können. Zusätzlich muss das Ziel sein, genügend Hallenflächen zu finden und zur Verfügung zu stellen und zwar nicht in einem Provisorium, sondern in einer dauerhaften Halle. Zum Teil kann im Lachenareal auf die bestehende Infrastruktur zurückgegriffen werden. Das bedeutet beispielsweise, dass die Garderoben nicht zusätzlich erstellt werden müssen. Auch von diesem Blickwinkel aus ist der gewählte Standort für eine solche Halle richtig. Zu begrüssen ist, dass die neue Halle mit einer Stahlbaukonstruktion auf Sandwichpaneelen erstellt wird, so kann sie nach Ablauf der Nutzung allenfalls weiterverkauft oder an einem anderen Ort wiedererrichtet werden. Die Fraktion begrüsst den Entscheid, die nötige Halle im Lachenareal zu erstellen. Auch der Verein Sport Thun setzt sich für den Bau einer weiteren Trainingsmöglichkeit für den UHC Thun ein. Zudem kann festgehalten werden, dass die Stadt Thun solche regionalen Arbeiten wahrnimmt und sich einmal mehr für den Sport engagiert. Die Fraktion begrüsst den Entscheid und wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich im Namen der Fraktion für das Engagement des UHC Thun, für die grosse Arbeit im Aufbau von wertvollen Strukturen zur sinnvollen Freizeitbeschäftigung und für die Informationen, welche die Parteien erhalten haben. Ihm war nicht bewusst, dass Unihockey als Vereinssportart nach Fussball die zahlenmässig zweitgrösste Mannschaftssportart in der Schweiz ist. So viele Aktive - in Thun ca. 250 - brauchen Platz, um ihrem Sport nachgehen zu können. Es ist grundsätzlich ein relativ niederschwelliges Bewegungsangebot, das aber eine angemessene Infrastruktur bedarf, um regelmässige Trainings garantieren zu können. Dass erfolgreiche wettkampforientierte Teams vermögen Nachwuchs zu generieren, wird durch Beleuchtung des UHC Thun eindrücklich beschrieben. Traurig und schwierig nachzuvollziehen ist, dass die bestehenden Militärsporthallen nicht mehr genutzt bzw. abgerissen werden. Der Bedarf an Räumlichkeiten ist auch bei anderen Sportarten da. Dem ABS ist hoch anzurechnen, dass es jetzt in der schwierigen Situation aktiv für den UHC Thun einsteht und die Lösung mit einer provisorischen Fertighalle voll unterstützt. Es ist verhältnismässig ein grosser Betrag, der primär für ein Verein zur Diskussion steht. Er hofft, dass die geplante Heizungslösung funktionieren wird. Die Energiebilanz kann nicht nur im Betrieb beeinflusst werden, sondern auch mit einer möglichst langen Amortisation. Das Gleiche gilt auch für die Kosten. Die Fraktion wünscht sich, dass die Halle nicht an den Höchstbietenden verschertelt wird, sondern weiterhin dem UHC Thun und anderen Vereinen dienen wird und sich die Stadt Thun frühzeitig mit der Standortsuche für die Zukunft auseinandersetzt. Schlussendlich hält er fest, dass die Fraktion das Geschäft unterstützt und den Antrag einstimmig annimmt. Er wünscht den Aktiven viel Freude beim Spielen, und hofft, dass sich dadurch weitere Menschen zu körperlichen Aktivitäten begeistern lassen.

Marianna Oesch Bartlome, **SP-Fraktion**, findet gut, dass der Unihockeyclub die Möglichkeit bekommt, nach Bedarf trainieren zu können. Die Fraktion begrüsst, dass die Stadt Thun mittelfristig für mehr Hallenmöglichkeiten sorgt. Die Lösung, die zur Nutzung von Synergien bietet, gefällt ihr sehr. Für die Zukunft wünscht sich die Fraktion, dass alle Betroffenen und Nutzer an einen runden Tisch geholt werden können. Sie findet es schade, dass die Hallen der Armee mittlerweile am Abend wieder leer stehen. Die Fraktion wird den Antrag einstimmig annehmen.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, gibt das Votum des kurzfristig abwesenden Stadtrats Manfred Locher wieder. Er hält fest, dass der rote Platz bei der Lachenhalle ein beliebter Treffpunkt für Hobby-Sportler ist. Dennoch kommt die Fraktion nach einer Interessenabwägung zum Schluss, dass die geplante Halle nötig ist und stimmt diesem guten Geschäft zu.

Hanspeter Aellig (FDP) hält fest, dass die FDP das Geschäft mit grossem Interesse diskutiert hat. Sie bedauern, dass die Armasuisse die Mietverträge gekündigt hat und ihre Hallen nicht mehr zur Verfügung stellt. Aber die Armee ist in Bezug auf die Corona-Situation sehr streng und die einzelnen Turnhallen werden immer noch als Schlafplätze für Soldatinnen und Soldaten gebraucht. Sie sehen die Notwendigkeit des Provisoriums bis zum Bau der Doppelsporthalle. Die Standortwahl ist nachvollziehbar. Eine Fertighalle mit Stahlbaukonstruktion auf gedämmten Sandwichpaneelen halten sie für eine sehr gute und vernünftige Lösung. Die Fraktion ist zudem der Meinung, dass eine Fertighalle für die Dauerhaftigkeit und Energiebilanz durchaus vorteilhaft ist. Somit wird das Provisorium die energetischen notwendigen Anforderungen erfüllen. Wichtig ist zudem, dass, wenn die Bewilligung ausläuft, die Halle an einem anderen Standort weiterverwendet wird. Sie bedanken sich beim UHC Thun für die geleisteten Beiträge. Die Partei ist der Meinung, dass es ein gutes Projekt ist und unterstützt es einstimmig.

Gemeinderat Konrad Hädener bedankt sich für die gute Aufnahme und Würdigung dieses Geschäftes und versichert, dass sie alles daransetzen, das Projekt umzusetzen und die Halle möglichst rasch bezugsbereit zu machen. Die Baubewilligung steht noch aus und der Hersteller der Halle braucht das Rohmaterial, was einen Unsicherheitsfaktor darstellt. Aber aus Sicht des Gemeinderates ist die Halle pünktlich bezugsbereit.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. März 2022, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1.585 Mio. Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2220.5040.003 (Bilanzkonto 14040.01.01) für die Ausführung einer provisorischen Fertighalle.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

26. Erweiterung der Schulanlage Neufeld

Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue Ausgabe von 760'000 Franken für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs

Bericht des Gemeinderates 5/2022

Reto Schertenleib, **SAKO B + L** und **SAKO BiSK** (gemeinsame Beratung des Geschäfts), bemerkt, dass es sich bei diesem Geschäft einerseits um die Schaffung von mehr Schulraum und andererseits um die Erstellung einer Doppelsporthalle Typ B mit vereinspezifischen Räumlichkeiten und einer Zuschauertribüne geht. Es handelt sich somit um ein Projekt mit bildungspolitischer und sportvereinspolitischer Bedeutung. Die Sporthallenknappheit wurde bereits eingehend besprochen. Die Erweiterung des Schulraums wird vor allem hinsichtlich der geplanten Siedlungsentwicklung auf dem benachbarten Siegenthalergut notwendig sein. Aus diesem Grund soll der Architekturwettbewerb durchgeführt werden. Das offene Wettbewerbsverfahren ist das Richtige, weil die Übungsanlage im Gegensatz zu den Wettbewerben OS Strättligen und Schulanlage Lerchenfeld, wo Eingriffe in denkmalgeschützte Standesbauten nötig sind, eine andere ist und somit auch jungen Architekturbüros, die noch keine grossen Referenzen haben, eine Chance gegeben werden kann, sich zu bewerben. Die bestehenden Gebäude sind in einem guten Zustand, weshalb dort keine grösseren Arbeiten im Rahmen dieses Projekts notwendig sind. Zur Frage, was mit der Tennishalle, die für das Projekt weichen müsste, passieren sollte, hält er fest, dass von privater Seite bereits eine Machbarkeitsstudie mit Businessplan erarbeitet wurde. Geplant ist, auf der anderen Seite der Weststrasse, auf dem Gelände der Burgergemeinde Thun, ein selbsttragendes, privat finanziertes Sportzentrum für Sportklettern, Bouldern, Tennis und Badminton zu erstellen. Er betont, dass beide Sachkommissionen einstimmig die Annahme des Bewilligungskredits empfehlen.

Nicolas Glauser, **Fraktion glp/EVP/EDU**, betont, dass es ideal ist, wenn eine Schulraumerweiterung vorausschauend in Angriff genommen wird. So kann ohne Hektik die nötige Planung frühzeitig angegangen werden. Aus der Sicht der Fraktion ist es eine gute Kombination zwischen einer benötigten Schulraumerweiterung und einer zusätzlichen Doppelsporthalle. Wie bereits gesehen, existieren in Thun nicht zu viele Sportflächen und die angedachte Sporthalle mit 300 Zuschauerplätzen wird auf jeden Fall ein Bedürfnis abdecken. Im Bricht steht «Die bestehenden zwei Turnhallen sind für den Schulsportunterricht der Primarschule Neufeld ausreichend.». Damit wird auch für die Unterstufen- und Mittelstufenklassen eine gute Alternative entstehen. Bereits in den Rahmenbedingungen für den Wettbewerb wurden gewisse sinnvolle Optimierungen angedacht und der benötigte rote Allwetterplatz auf dem Hallendach vorgesehen. Dadurch entfällt zwar die Möglichkeit von nachhaltiger Energiegewinnung mit Fotovoltaikmodulen auf dem Dach, aber dies lässt sich auch mit anderen Methoden realisieren. Sie sind gespannt auf die vielseitigen und durchdachten Wettbewerbsbeiträge und hoffen, dass sich die Kosten des Wettbewerbs in einem optimierten Bauprojekt auszahlen werden. Als Randbemerkung hält er fest, dass in dieser Vorlaufzeit überlegt werden sollte, welche Alternativen den Tennisspielenden geboten werden können.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, erklärt, dass der Rat über die Notwendigkeit der Schulraumerweiterung bereits zu einem früheren Zeitpunkt informiert wurde. Beim Siegenthalergut wird ein Lebensraum für ca. 1'500 Menschen geschaffen und daher liegt es auf der Hand, dass es dort zusätzlichen Schulraum braucht. Der Architekturwettbewerb ist, trotz den hohen Kosten, der richtige Weg. Erstens weil er ein grosses Teilnehmerfeld bzw. eine breite Auswahl innovativer Lösungsvorschläge bringt, zweitens weil er auch jungen Architekten eine Möglichkeit bietet, Erfahrungen zu sammeln und drittens, weil er eine Bedingung ist, für die SNBS-Zertifizierung. Sie begrüsst, dass der Gemeinderat diese Zertifizierung beantragt und will diesbezüglich aber ein klares Bekenntnis, dass für die Energie die Note 5 vorausgesetzt ist. Sie fordert den Gemeinderat auf, dass der Architekturwettbewerb SIA geprüft wird. Gemäss ihren Informationen sind SNBS-zertifizierte Gebäude beim Bund und Kanton förderberechtigt, wenn sie zusätzlich mit Minergie p-Eco und Minergie a-Eco ausgezeichnet werden. Es gibt somit auch wirtschaftliche Anreize. Das gleiche gilt für den Aussenraum, der naturnah und artenreich ausgestaltet werden muss. Dem Artensterben gilt es aktiv entgegenzuhalten und es gilt jede mögliche Fläche zu nutzen, die Lebensraum schafft. Diesbezüglich wünscht sich die Fraktion, dass klare Kriterien festgelegt werden. Die Stiftung Natur und Wirtschaft zertifiziert Schulareale, die durch eine besondere ökonomische Qualität einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Artenvielfalt leisten und gleichzeitig den Schülern eine Beziehung zur Natur vermitteln. Sie fordern den Gemeinderat auf, in Zukunft in seinen Vorlagen mehr Verbindlichkeit zu schaffen, damit sie die genauen Kriterien kennen, bevor der Wettbewerb stattfindet. Die Fraktion wird für dieses Geschäft den Gemeinderat und seine Bekenntnisse messen und wünscht sich, dass die aufgegriffenen Punkte noch berücksichtigt werden. Die Fraktion wird dem Kredit einstimmig zustimmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, begrüsst, dass der Gemeinderat vorausschauend und frühzeitig ein Koordinationsorgan geschaffen und eine Priorisierungsliste erstellt hat. Der Fraktion ist die Schulsituation sehr wichtig, denn sie stellt eine wichtige Grundlage dar für eine gute Bildung und gleiche Chancen für alle. Dass der Gemeinderat ein Partizipationsverfahren durchgeführt hat, um die Bedürfnisse des Quartiers, der Lehrpersonen und der Schülerinnen und Schüler zu erfahren, begrüssen sie sehr. Dass die Entwicklung der beiden Projekte «Siegenthalergut» und «Erweiterung Schulanlage Neufeld» koordiniert werden und die Schulraumerweiterung und Sporthalle flexibel ist, finden sie richtig. Um die richtige Lösung für das anspruchsvolle Projekt zu finden, ist ein offener Wettbewerb das richtige Instrument. Die Fraktion versteht aber nicht, wieso der Gemeinderat nicht präziser ist und die entsprechende SIA-Norm aufführt. Er fordert den Gemeinderat auf, den offenen Wettbewerb von SIA prüfen zu lassen. Dass der Gemeinderat das Label «Energistadt Gold» anstrebt, finden sie ebenfalls richtig. In diesem Zusammenhang fordern sie den Gemeinderat auf, dass er nicht nur den Standard SNBS aufführt, sondern die Ziele präziser und ambitionierter benennt. Wichtig ist, dass die Ziele bereits in das Wettbewerbsprogramm eingeführt werden, weil später kaum Änderungen gemacht werden können. Die Fraktion verlangt, dass im Wettbewerbsprogramm zwingend SNBS Gold oder SNBS Platin vorgeschrieben wird oder dass mindestens bei der Gebäudehülle die Note 6 festgelegt wird. Sie können sich auch vorstellen, dass andere Energieeffizienzmassnahmen für die Gebäudehülle vorgeschlagen werden. Weil es sich hier um ein Neubauprojekt handelt, ist wichtig, dass der Standard hoch angesetzt wird. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Simon Werren, **Die Mitte-Fraktion**, sagt, dass eine Erweiterung der Schulanlage Neufeld unumgänglich ist. Die Art und Weise wie dies geschehen soll, ist im Stadtratsbericht aufgezeichnet worden. Der Umfang der geplanten Anlagen mit Schulraumerweiterung und einer neuen Sporthalle sieht vielversprechend aus. Es ist der richtige Schritt, um auf die wachsende Kinderzahl zu reagieren. Dass die Schulraumerweiterung mit der Entwicklung des Siegenthalerguts koordiniert wird, ist vernünftig. Auch dass beide Projekte unabhängig voneinander realisiert werden können, ist richtig. Dabei sollte mit dem Bau der Sporthalle baldmöglichst gestartet werden. Es ist zu hoffen, dass der Zeitplan auch eingehalten werden kann. Die Frage stellt sich, ob es Sinn macht, die Schulgebäude so zu errichten, dass sie später aufgestockt werden könnten. Das Vorgehen mit dem geplanten offenen Projektwettbewerb ist bei einem Neubauprojekt nachvollziehbar. Die Fraktion wird den Verpflichtungskredit einstimmig annehmen.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) begrüsst, dass die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Neufeld zusammen mit anderen Schulbauprojekten vorangetrieben wird. Eine gute Bildung ist schlussendlich einer der wichtigsten Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Dazu braucht es optimale Voraussetzungen, welche mit diesem Projekt angestrebt werden. Erfreulich ist, dass das Projekt eine hohe energetische und ökologische Umsetzung anstrebt, womit die Stadt Thun dem Legislaturziel 7 «Energistadt Gold» einen Schritt näherkommt. Weiter ist zu begrüßen, dass der Bau einer Doppelsporthalle geplant ist. Den Thuner Sportvereinen fehlt es an Trainingsmöglichkeiten. Sie wird aber das Gefühl nicht los, dass die verschiedenen Turnhallenprojekte eine Pflasterli-Politik darstellen. Nichtsdestotrotz stimmt die Stossrichtung der Erweiterung der Schulanlage Neufeld. Wichtig ist auch, dass das Projekt im Hinblick auf die Arealentwicklung Siegentalergut angegangen wird. Eigentlich verfügen sie nur im Schoren, im Gotthelf und im Goldiwil über genügend Schulraumreserven. Mit diesem Projekt kann ein neuer Grundstein für neue pädagogische Herausforderungen gelegt werden. Die FDP wird den Verpflichtungskredit bewilligen.

Gemeinderat Konrad Hädener geht auf einige Voten von Stadtratsmitgliedern ein. Das Anliegen bezüglich der Tennishalle hat Stadtrat Reto Schertenleib bereits ausführlich erläutert. Es gibt dazu tatsächlich bereits weit fortgeschrittene Überlegungen von Privaten. Einige haben bereits das Gespräch mit dem Gemeinderat und dem potenziellen Baurechtsgeber, der Bürgergemeinde Thun, gesucht. Sie sind der Überzeugung, das Projekt ist finanzierbar, aber es ist ein privates Projekt, das nicht in der Verantwortung des Gemeinderates liegt. Bezüglich der Voten von Stadträtin Michelle Marbach und Stadtrat Adrian Christen bestätigt er, dass ein offener Wettbewerb nach SIA 142 geplant ist. Die von ihnen vermisste Verbindlichkeit kann nicht in einem Kreditgeschäft geschaffen werden, sondern liegt vorliegend in der Gebäudeenergiestrategie der Stadt Thun. Diese wurde vom Gemeinderat im letzten Sommer beschlossen und ist sehr überschaubar, regelt aber genau das, was in den Unterlagen vermisst wird. Interessant ist, dass sich letzte Woche die Trägerschaft dieser Standards in Bern getroffen haben und beschlossen haben, die Standards zu vereinheitlichen und anzugleichen. Es macht Sinn, dass das was an Verbindlichkeit momentan vermisst wird, so formuliert wird, dass der Raum für diese Entwicklung gewährt bleibt. Wenn der Gemeinderat in seinem Bericht von den höchsten Standards schreibt, meint er auch die höchsten bzw. aktuellen Standards. Selbstredend ist, dass bei einer Sanierung mit denkmalgeschützten Bauten nicht dieselben Standards erreicht werden können, wie bei einem Neubau. Die höchsten anwendbaren Standards hängen somit auch vom Übungsobjekt ab. Er empfiehlt die Gebäudeenergiestrategie genauer anzuschauen. Bei aller Zustimmung, bedauert er die Aussage betreffend die Pflasterli-Politik. Sie waren noch nie soweit mit der Schulraumplanung wie im Moment. Seit Jahren ist man dabei, das Ergebnis der früheren Pflasterli-Politik abzulösen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 2. März 2022, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 760'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2210.5290.004 (Bilanzkonto 14290.20.01) für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Neufeld.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

27. Postulat P 19/2021 betreffend Verbreiterung Aarequai zwischen Mühleplatz und Brahm's-Quai

Peter Aegerter (SVP) vom 17. Dezember 2021; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener erwähnt, dass nach der Lektüre des Stadtratsberichts einige Stadträte eventuell davon ausgegangen sind, dass das Geschäft eine unerwartete Wendung nehme. Das Resultat der informellen Vorprüfung ist nicht wirklich ermutigend. Der Gemeinderat sieht aber, auch gestützt auf die Erfahrung aus anderen Geschäften, die Chance, die sich hier verbirgt. Er möchte nicht von Anfang an

aufgeben, denn in anderen Fällen hat sich die Hartnäckigkeit ausbezahlt. Die Hartnäckigkeit würde aber mit Aufwendungen und Kosten verbunden sein und viel Zeit beanspruchen. Es könnte sein, dass einige Stadtratsmitglieder zum Schluss kommen, dass das Kosten/Aufwand-Nutzen-Verhältnis hier nicht stimmt. Der Gemeinderat wird daher die Debatte sehr aufmerksam verfolgen und je nach Beschluss sehen, ob er diesen Weg tatsächlich gehen soll.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, bezieht sich zuerst auf das vorangegangene Traktandum und betont, dass der SVP-Fraktion die Schulraumplanung auch wichtig ist. Sie haben es lediglich leider verpasst, ihr Votum abzugeben. Zum aktuellen Traktandum bedankt er sich beim Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Er findet es erstaunlich, dass so viele gesetzliche Verhinderungsgrundlagen herangezogen werden. Bauen am Wasser - nicht für private Zwecke - scheint ein No-Go zu sein. Er fragt sich, wieso bereits zu Urzeiten der Bau von Städten wie Thun am Wasser stattgefunden hat und möglich war. Er ist aber froh über den Mut und Durchhaltewillen, den der Gemeinderat bereits bewiesen hat und er ist sich bewusst, dass dies eine provozierte und überspitzte Aussage war. Trotz all diesen hohen Hürden der Rahmenbedingungen ist der Gemeinderat bereit, die Idee mit der Quai-Verbreiterung zusammen mit weiteren Überlegungen der Innenstadt aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sind auch die beiden anstehenden Projekte «Sanierung Sinnenbrücke» und «Sanierung der Stützmauer beim Thunerhof» anzuschauen. Vor allem die Freunde der Bäume müssten der Idee der Verbreiterung euphorisch zustimmen, weil dadurch allenfalls auch Raum für die alten Bäume am Thunerhof geschaffen werden könnte. Wie bereits in der Begründung aufgeführt, würde eine Verbreiterung auch zu einer gewissen Entspannung zwischen Fuss- und Veloverkehr führen, was eine Win-Win-Situation bedeuten würde. Ausserdem könnte die unsägliche Geländer- und Beleuchtungsdiskussion einer guten und zielführenden Lösung hinzugefügt werden. Im Zusammenhang mit dem Legislaturziel 8 «Thun hat das Profil als attraktive Stadt am Wasser gestärkt» kommen sie nicht um gewisse bauliche Massnahmen herum. Er ist überzeugt, dass die ernsthafte Prüfung der Aarequaiverbreiterung durchaus zu machbaren Lösungen führen wird, auch wenn diese allenfalls nur partiell und nicht durchgehend realisiert werden könnten. Vor diesem Hintergrund schliesst er mit einem Zitat von Albert Einstein «Eine wirklich gute Idee erkennt man daran, dass ihre Verwirklichung von vorne hinein ausgeschlossen erscheint.» Die Fraktion wird dem Antrag einstimmig folgen und das Postulat annehmen.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung. Einige Mitglieder der Fraktion sehen dem Geschäft mit Euphorie entgegen und trotz vorangehender Provokation bedankt er sich auch beim Urheber für das Einbringen dieser Idee. Es ist eng am Aarequai und manchmal kommt es zu Zusammenstössen, weshalb die Stimmung vor Ort nicht immer gut ist. Er teilt aber auch die Einschätzung des Gemeinderates, wonach die Realisierung nicht einfach werden wird und dass teilweise kritische Hürden im Weg stehen. Die Fraktion begrüsst, in unterschiedlicher Ausprägtheit, dass die Idee eingehender geprüft werden soll. Dennoch sehen sie realistischerweise keinen grossen Hoffnungsschimmer. Er ist der Überzeugung, dass es eine Entschlossenheit braucht, um an dieser Lage etwas in dieser Grössenordnung umzusetzen. Diese Entschlossenheit hat er in der Antwort vermisst. Es wurde aber durch das Votum von Gemeinderat Konrad Hädener deutlicher. Eine weitere Hürde, die es zudem zu beachten gilt, ist der Ortsbildschutz. Zentral ist, dass die Verbreiterung auch in den Ortsbildschutz eingebracht werden kann. Im Übrigen könnte sich die Fraktion vorstellen, eine durchlässigere Lösung zu finden, ähnlich wie beim Schwäbisbad mit einer Holzrostkonstruktion. Die Fraktion stimmt dem Prüfauftrag einstimmig zu.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/EVP/EDU**, bedankt sich für den Vorstoss und nimmt das Diskussionsergebnis der Fraktion vorweg. Die Fraktion wird dem Antrag auf Annahme folgen, stellt aber gleichzeitig den Antrag auf Abschreibung. Die Idee ist sympathisch und sieht gut aus. Teilweise könnte eine Verbreiterung an sonnigen Tagen enge Verhältnisse auflockern. Liest man die Stellungnahme gibt es aber beträchtliche Hürden, um ein solches Projekt realisieren zu können. Diese rechtlichen Hürden zu überwinden ist mit viel Aufwand verbunden. Unter Berücksichtigung der Arbeitsauslastung der zuständigen Direktion kommt die Fraktion nach einer Abwägung zum Schluss, dass dieses Vorhaben nicht die erste Priorität darstellt. Die

zuständige Direktion könnte ihre Ressourcen anders einsetzen, weshalb die Fraktion den Antrag annimmt und gleichzeitig abschreiben will.

Simon Werren, **Die Mitte-Fraktion**, hält fest, dass die Aarequaverbreiterung nicht einfach ist. Es gibt viele Hürden zu überwinden. Auch seine Fraktion findet, dass eine Verbreiterung diesem bekannten Wegabschnitt guttun könnte. Eine gewisse Trennung der Teilnehmenden auf dem Quai würde nicht schaden. Der Fraktion ist aber bewusst, dass das Vorhaben ein schwieriges Unterfangen wäre. Die Fraktion hofft, dass, sollte das Postulat angenommen werden, die Kosten für die Prüfung nicht aus dem Ruder laufen werden. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Hanspeter Aellig (FDP) skizziert die Vorbehalte der Fraktion. Die Platzverhältnisse auf dem Aarequai sind sehr knapp und es kommt immer wieder zu Interessenkonflikten. Wie der Gemeinderat erläutert hat, wird eine solche Verbreiterung des Aarequais sehr aufwendig sein und aufgrund der diversen Ausnahmegewilligungen kaum bewilligungsfähig werden. Allgemein stellt sich die Frage, ob das ein sinnvolles Unterfangen darstellt. Der Aarequai dient einer grossen Personenzahl als zentrales Naherholungsgebiet, vor allem weil die breite Bevölkerung das Wasser aufsucht. Das Wasser zuzubetonieren, fände die FDP daher kontraproduktiv. Der Aarequai wird auch für den Langsamverkehr rege genutzt. Durch eine Verbreiterung wäre dies erst recht eine Aufforderung, dass der Langsamverkehr noch schneller wird. Sie wünschen sich gesamtheitliche Lösungen für den Langsamverkehr. Der vorliegende Vorstoss ist ersparend, jedoch nicht im Gesamtkonzept integriert. Des Weiteren sind sie der Auffassung, dass der Vorstoss gemessen an den zukünftigen Verkehrsherausforderungen der Stadt Thun eine untergeordnete Priorität genießt. Die Partei wird das Vorhaben annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, ergänzt sein Votum und betont, dass die Fraktion dem Geschäft zustimmen und nicht abschreiben wird, weil sie dem Gemeinderat vertrauen, dass er die nötige Priorisierung machen kann.

Gemeinderat Konrad Hädener dankt Stadtrat Roman Gugger für das Vertrauen. Wenn die Begeisterung des Gemeinderates im ersten Votum nicht spürbar war, hängt dies mit den fehlenden Ressourcen zusammen. Dieses Vorhaben ist in keinem Projektportfolio, nicht im Budget 2022 und nicht im Aufgaben- und Finanzplan aufgeführt. Bezüglich der Ressourcensituation ist es so, dass die erste Phase eine Planungsphase ist, die nicht zwingend beim Tiefbauamt, sondern beim Planungsamt stattfinden wird. Das Planungsamt ist aber personell nicht besser aufgestellt als das Tiefbauamt. Es gibt aber durchaus auch die Möglichkeit, Aufträge nach aussen zu geben. Könnte das Projekt tatsächlich eine Lösung für das Problem mit der Stützmauer und den Bäumen bei der Thunerhof-Terrasse bringen, wäre dies sehr willkommen. Der Einstieg wäre mit einer Planungsphase durchaus überschaubar.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, bedankt sich für die Diskussion. Seine Aussage «Freude der Bäume» war nicht als Provokation gemeint. Die Fraktion ist zudem nicht der Meinung, das Geschäft abzuschreiben.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 29 : 8 Stimmen nicht ab.

28. Postulat P 17/2021 betreffend Verzicht auf ein neues Geländer am Aarequai und Überprüfung der vorgesehenen Beleuchtung

Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Hans-Peter Aellig (FDP), Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP), Sonja Graf (SVP), Valentin Borter (SVP) vom 18. November 2021; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener bezieht sich auf das vorangehende Postulat, welches nicht abgeschrieben wurde, und hält fest, dass eine Fortführung dieses Projektes etwas fragwürdig wäre. Es würden

Präjudizien geschaffen, die schwer zu vertreten wären. Klar ist, dass der Gemeinderat entschieden hat, das Projekt im Moment nicht weiterzuführen. Es ist aber nicht ein Abbruch auf ewige Zeit, ein Unterhaltsbedarf besteht. Es handelt sich aber um eine Erneuerung des Geländes und nicht um eine Reparatur, denn die Erhöhung des Geländes muss den heutigen Normen angepasst werden und das geht nicht mit einer Reparatur. Er präzisiert die Kostensituation und hält fest, dass im Bericht keine Projektabrechnung, sondern die grob zusammengetragenen Gestehungskosten ausgewiesen werden. Diese Kosten werden sich relativieren, weil die Energie Thun die Absicht verfolgt, die öffentliche Beleuchtung trotzdem zu realisieren. Die neuen Led-Leuchtmittel auf die bestehenden Kandelaber zu montieren, geht nicht ohne weiteres. Die Energie Thun hat aber die Absicht dies trotzdem zu machen. Nach der Publikation des Berichts haben sich Interessenten am Gelände beim Gemeinderat gemeldet. Mindestens ein Interessent ist praktisch vertragsabschlussbereit und will wahrscheinlich den gesamten Bestand des neuen Geländers von der Stadt Thun käuflich erwerben. Sollte dies passieren, bleibt lediglich ein kleiner Rest an Stahl, der noch nicht verarbeitet ist und durch das Tiefbauamt anderweitig verwendet werden kann. Damit sähe die Abrechnung am Schluss deutlich anders aus als im Moment im Stadtratsbericht ausgewiesen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung und für den Verzicht auf das neue Gelände. Wie der Gemeinderat, sind auch sie der Meinung, dass ein teilweiser Ersatz aus gestalterischen Gründen nicht möglich ist. Wieso es aber unwirtschaftlich sein sollte, das Gelände zu reparieren, nur weil es zu wenig hoch ist, ist für die Fraktion nicht nachvollziehbar. Es macht keinen Sinn, bei Bauten, die nicht mehr den Normen entsprechen, auf Sanierungen zu verzichten. Die Fraktion ist im Gegensatz der Meinung, dass Unterhalt aus wirtschaftlichen Gründen nötig ist. Sie sind zudem der Überzeugung, aus Sicherheitsgründen, den Unterhalt zu machen. Er habe zudem keine Norm gefunden, welche die Höhe von 1.10 m vorgibt. Da das Gelände bereits 110 Jahre alt ist, ist dies ein Beweis, dass sich der Unterhalt auch aus ökologischen Gründen lohnt. Ansonsten hätte es bereits nach 30 oder 40 Jahren ersetzt werden müssen. Der wachsende Schaden kann durch den Unterhalt zudem verhindert werden. Generell ist die Fraktion der Meinung, dass das Gelände in einem guten Zustand ist und dass mit einem gewissen Unterhalt der Zustand so bleiben wird. Dass die geplanten Kandelaber nicht realisiert werden, begrüsst er. Die Fraktion hätte bedauert, wenn die alten filigranen Kandelaber mit den neuen überdimensionierten Kandelabern ersetzt worden wären. Er setzt sich dafür ein, die Kandelaber umzubauen, damit die Leuchten bestehen bleiben können. Es handelt sich um Leuchten aus einem Thuner KMU. Die Fraktion stimmt der Annahme und Abschreibung zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, hat kein solches Echo für dieses Gelände erwartet. Bei diesem Geschäft gibt es verschiedene Meinungen. Eine Seite sagt, das Gelände ist in einem guten Zustand, eine andere sagt, das Gelände ist in einem weniger guten Zustand. Eine regelmässige Wartung von allen Geländen der Stadt Thun ist zu begrüssen. Hierbei ist eine regelmässige Wartung sicher besser als ein neues Gelände. Im Bereich Sicherheit gibt es ebenfalls zwei Aussagen. In der Kommission wurden sie dahingehend informiert, dass das Gelände nicht dem aktuellen Sicherheitsstandard entspricht. Andere Seiten betonen, es gebe diesbezüglich keine gesetzliche Norm. Je nachdem wie die Sachlage ist, muss sich die Stadt Thun ihrer Verantwortung im Fall eines Unfalls oder eines Unglückes bewusst sein. Das Vorgehen der Stadt ist insgesamt nicht geglückt und es sind hohe Kosten entstanden. Sie hoffen auf ein gutes Ende und dass das bestehende Gelände zu einem guten Preis weiterverkauft werden kann. Da der Entscheid im Sinne der Postulanten ausfällt, stimmt die Fraktion dem Postulat einstimmig zu und schreibt es gleichzeitig ab.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, betont, dass mit der Anschaffung des Geländes und den damit verbundenen Arbeiten nicht wenig Geld in Sand gesetzt wurde. Sie entnehmen der Antwort des Gemeinderates, dass der ehemalige Regierungsstatthalter an diesem Fehlentscheid und am unglücklichen Verlauf des Geschäftes mitverantwortlich ist. Bei diesem Geschäft waren mehrere Beteiligte involviert, auch das Tiefbauamt. Aus der Antwort des Postulats vermischen sie die Fehlerkultur bzw. den Umgang mit gemachten Fehlern. Vorliegend hätte beispielsweise der Heimatschutz miteinbezogen werden sollen. Er fordert den Gemeinderat auf, bezüglich der Fehlerkultur des Tiefbauamts weitere Ausführungen zu machen. Abschliessend begrüssen sie, dass inzwischen eingelenkt wurde und dass offenbar bereits ein Abnehmer für

das Geländer gefunden wurde. Die Fraktion ist für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Simon Werren, **Die Mitte-Fraktion**, findet, es gilt die gesamte Länge des Geländers zu betrachten. Mit kleineren punktuellen Reparaturen kann das Gelände längerfristig in einem guten Zustand erhalten bleiben. Daher scheint der Ersatz des Geländers die einzige Lösung zu sein. Schlussendlich gehen sie davon aus, dass das bereits produzierte Gelände verkauft werden kann und die Kandelaber der Energie Thun AG an einem anderen Ort eingesetzt werden können. Weil mit der Verbreiterung des Aarequais das Gelände auch thematisiert werden wird, sollte das Thema Gelände aktuell vorerst ruhen. Die Fraktion ist für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/EVP/EDU**, hält fest, dass die Fraktion dem Antrag des Gemeinderates folgen wird. Alle Baufachleute haben sich bereits gemeldet und sie ist sicher, dass der Unterhalt weiterhin stattfinden wird und die Sicherheit gewährleistet ist.

Hanspeter Aellig (FDP) dankt für die positive Aufnahme und verzichtet aus Zeitgründen, alle Teilaspekte zu erwähnen. Sie begrüssen den Zusammenhang mit der Verbreiterung des Aarequais, obwohl die Verbreiterung von untergeordneter Priorität ist. Nach wie vor sind sie der Überzeugung, dass das bestehende Gelände sanierungsfähig ist, was er als ehemaliger Metallbautechniker bestätigen kann. Sie werden das Postulat annehmen und entsprechend abschreiben.

Gemeinderat Konrad Hädener geht speziell auf zwei Voten ein. Erstens betont er, dass es eine einschlägige VSS-Norm für die Höhe des Geländers gibt, nämlich VSS-Norm 640 568 (passive Sicherheit im Strassenraum / Gelände). Es handelt sich bei der Höhe von 1.10 m somit nicht um eine improvisierte Vorgabe. Betreffend die Leuchten hält er fest, dass die heute bestehenden Leuchten zwar einen gewissen nostalgischen Wert haben aber nach 360 Grad abstrahlen, was zwar schön aussieht aber die Hälfte der Lichtenergie in der Aare verloren geht. Im Hinblick auf diese Lichtverschmutzung liegt es nahe, den Leuchten-Typ zu ändern. Diesbezüglich gilt es eine Lösung zu finden bzw. die Energie Thun AG wird eine Lösung finden. Weiter führt er im Zusammenhang mit der Fehlerkultur aus, dass das Tiefbauamt zu Fehlern stehen kann. Dieses Projekt hat aber ursprünglich zwei Treiber gehabt. Einerseits den Unterhalt und andererseits den Hochwasserschutz. Sie hatten die Auflage, den Hochwasserschutz in der Innenstadt auf Vordermann zu bringen. Der Gemeinderat hat in diesem Zusammenhang einen Typenentscheid bezüglich des Schutzmaterials gefällt und hat sich für ein Dammbalkensystem entschieden. Das sind Aluminiumpaneele, die im Falle von Hochwasser in vormontierte Halterungen montiert werden. Die dazu benötigte Halterung wäre am neuen Gelände befestigt worden. Parallel dazu wurde die Gefahrenkarte überarbeitet und dabei haben sich neue Schutzziele für die Innenstadt ergeben. Neu musste von anderen Szenarien ausgegangen werden. Und für die neuen Szenarien waren nicht Dammbalken, sondern die rot-weissen Kunststoffelemente, die bereits im Einsatz waren, die richtige Lösung. Damit fiel der Hochwasserschutz-Aspekt wieder weg.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

29. Postulat P 15/2021 betreffend Kiesgrube Buchholz

Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP, Barbara Lehmann Rickli (FDP), Hans-Peter Aellig (FDP) und Markus van Wijk (FDP) vom 28. Oktober 2021; Beantwortung

Gemeinderat Konrad Hädener kann sich vorstellen, dass in den folgenden Voten dem Gemeinderat vielleicht Mutlosigkeit vorgehalten wird, weil er das Gespräch mit dem Regierungsstatthalteramt hätte suchen können. Aus diesem Grund unterstreicht er erneut, dass dieser Vorstoss im Wesentlichen ein

Anliegen vertritt, dass bereits als Einsprache von Pro Natura im Baubewilligungsverfahren behandelt wurde. Das Regierungsstatthalteramt hat die Einsprache geprüft und abgewiesen. Deshalb ist der Gemeinderat der Ansicht, das Geschäft auf derselben Ebene nicht erneut zu prüfen. Neben dem Naturschutzziel, das dem Gemeinderat auch wichtig ist, gilt es auch andere Ziele zu berücksichtigen. Als unsere Vorfahren mit dem Kiesabbau begonnen haben, war das Land eine Fruchtfolgefläche und jetzt besteht die Auflage, wieder eine solche Fläche herzustellen. Das betroffene Gebiet stellt eine Insel inmitten der Landwirtschaft dar.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, hält fest, dass es sich hier, verglichen mit dem vorangegangenen Vorstoss betreffend Aarequaierweiterung, um ein bescheideneres Geschäft handelt. Unsere Vorfahren haben im Jahr 1975 begonnen, Kies abzubauen. Jahre später wurde die Grube nicht mehr gebraucht, ist einige Zeit brach gelegen und wurde teilweise zonenwidrig als Lagerplatz verwendet. Neben dieser Grube ist während all den Jahren eine Hecke gewachsen. Diese Hecke ist bereits jetzt ökologisch wertvoll. Nun soll die ursprüngliche Auflage, dass das Land rekultiviert werden muss, umgesetzt werden. Das hat ein baupolizeiliches Verfahren ausgelöst, was in einem Baugesuch seitens der Stadt endete, welches bewilligt wurde. Ein solches Baugesuch kann durchaus bewilligt werden. Leider wurde aber nicht geprüft, ob es noch andere Möglichkeiten gibt, die Auflage umzusetzen. Agrarrecht und -politik von 1975 bzw. 2022 sind nicht dasselbe. Heute kann auch Landwirtschaft betrieben werden, indem beispielsweise Hecken angelegt werden. Ökologische Ausgleichsflächen und Biodiversitätsförderflächen gehören heute zwingend dazu und dienen der Landwirtschaft. Er findet es schade, dass der Gemeinderat durch diesen Vorstoss die Chance nicht sieht und nicht ein wenig weiterdenkt. Es gilt rechtlich abzuklären, ob der Rekultivierungsauftrag auch erfüllt werden kann, indem nur ein Teil der Fläche rekultiviert und die Kiesgrube zusammen mit der Hecke stehen gelassen wird. Diese Fläche könnte durch Pro Natura gepflegt werden und der Stadt Thun würden keine Kosten entstehen. Er versteht nicht, wieso diese bestehende Hecke geplant werden soll und irgendwann, irgendwo eine neue gepflanzt werden muss. Solche bestehenden Hecken sind wertvoll. Es gibt heute eine Notsituation im Bereich Biodiversität. Insekten und Vögel sind im zweistelligen Prozentbereich rückläufig. Die Hecke kann nicht wie eine Wohnwand demontiert und an einem anderen Ort wieder aufgebaut werden. So funktioniert die Natur nicht und er ist enttäuscht und hofft auf kreative Leute in der Politik, die diese Chance erkennen und mit wenig Aufwand etwas für die Natur machen wollen. Eine Abschreibung kann nicht die Lösung sein, deshalb stellt die Fraktion den Antrag, das Geschäft nicht abzuschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, sagt, dass Kiesgruben von Menschen geschaffene Lebensräume für seltene Amphibien, Vögel und Pflanzen, die durch die Menschen ihren ursprünglichen Lebensraum verloren haben, sind. Dieses spezielle Ökosystem ist auch für die Schulen interessant. So gibt es beispielsweise in der Kiesgrube in Rubigen ein Schulzimmer im Freien. Kiesfirmen verpflichten sich seit 2007 den bedrohten Lebewesen Ersatzlebensräumen anzubieten. Da hätte die Stadt Thun mehr machen können, als die Kiesgrube Buchholz jahrelang als Zwischenablageplatz zu nutzen. Die Fraktion bedauert, dass der Zugvogel nun davongeflogen ist und hofft, dass bei der Überarbeitung des Masterplans Landschaftsentwicklungsgebiet Pfandern-Buchholz in Kombination mit einer ausstehenden Biodiversitätsstrategie ein mindestens gleichwertiger Lebensraum entsteht. Es wäre schön, wenn dies am gleichen Ort möglich wäre wie heute. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu und will es nicht abschreiben, bis ihr die Vögel und Gelbbauchunken zurufen, dass sie mit dem neuen Lebensraum, der ihnen die Stadt Thun geschaffen hat, zufrieden sind.

Alois Studerus, **Die Mitte-Fraktion**, nimmt vorweg, dass die Fraktion das Postulat annehmen und abschreiben wird. Er zitiert aus dem Prüfauftrag und hält fest, dass das Anliegen grundsätzlich abschliessend geprüft wurde. Das Postulat hat aber einen anderen Nebeneffekt, nämlich dass das Anliegen in die Erarbeitung des Masterplans Landschaftsentwicklungsgebiet Pfandern-Buchholz aufgenommen wird. Wichtig ist, dass eine zusammengewachsene Hecke erhalten werden kann.

Susanne Gyax, **Fraktion glp/EVP/EDU**, betont, dass Regeln und Vorschriften da sind, um eingehalten zu werden. Umweltschutz und Biodiversität sind wichtige Anliegen der Fraktion. Die Idee in der Kiesgrube

eine Teilfläche für ein Biodiversitätsprojekt auszuscheiden, tönt gut. Aber es gibt die Auflage aus der Entstehungsgeschichte der Kiesgrube. Der Regierungsstatthalter hat an dieser Auflage festgehalten. In Kriegszeiten ist jeder Kubikmeter fruchtbaren Boden Gold wert. Deshalb ist jeder Kubikmeter landwirtschaftlicher Boden, der nicht durch eine Hecke oder eine Kiesgrube unterbrochen ist, wichtig. Ein kleiner Trost ist, dass die gewachsene Hecke an einem anderen Standort gepflanzt werden muss, weil sie unter den Heckenschutz fällt. Wichtig ist, dass der Gemeinderat erkennt, dass die Fraktion nicht auf die Biodiversität verzichten will. Die Fraktion ist nicht einstimmig für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, ist betrübt über das Geschäft, nicht unbedingt betreffend den Inhalt, sondern mehr über die Art und Weise bzw. von wem der Vorstoss kommt. Das Geschäft kommt nicht von einem juristischen Laien, sondern vom «rechtlichen Gewissen» des Stadtrates. Der Vorstösser hat bisher immer für Planbeständigkeit, Verlässlichkeit, politische Glaubwürdigkeit und Rechtssicherheit plädiert. Er versteht nicht, wieso der Vorstösser in diesem Fall eine vertragliche Vereinbarung, die Auflage, umgehen will. Der Zweck heilt die Mittel nicht. Es handelt sich nicht um einen Schildbürgerstreich, wenn die Stadt Thun baupolizeilich zonenkonform verfügt, den Ursprungszustand wiederherzustellen. Ein Schildbürgerstreich wäre es, von der Stadt Thun zu verlangen, dies gerade nicht zu machen. Der Gemeinderat schlägt vor, das Anliegen im Rahmen der Überarbeitung des Masterplans Landschaftsentwicklungsgebiet Pfandern-Buchholz zu prüfen. Bei anderen ähnlichen Projekten wurde auch kein derartiger Aufstand gemacht. Als es beim Bonstettenpark darum ging, den künstlichen Kanal zu bauen, hat niemand rebelliert. Der Kanal wurde akzeptiert, weil ökologische Ersatzflächen aufgebaut wurden. Der Fraktion ist klar, dass der baupolizeilichen Verfügung Folge zu leisten, der Rückbau zu vollziehen und das Gelände zonenkonform wieder der Landwirtschaft zuzuführen ist. Fruchtfolgeflächen gibt es in Thun nicht im Überfluss. Die Fraktion wird dem Postulat zustimmen und es abschreiben.

Markus van Wijk (FDP) stimmt Stadtrat Thomas Hiltbold vollständig zu und dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Es handelt sich nicht um ein strategisches Geschäft aber mit gutem Willen und Initiative könnte etwas Reputation zurückkommen. Der Gemeinderat stützt sich auf baupolizeiliche Grundlagen. Er fragt sich, wie sinnvoll diese Umsetzung in der Realität jedoch ist. Der FDP fehlt die Dialogbereitschaft zwischen der Stadt Thun und dem Regierungsstatthalteramt, um allenfalls eine Hybridlösung zu finden. Die FDP ist diesbezüglich der Ansicht, dass es nicht darum geht, sklavisch dem Gesetzesartikel von 1975 zu folgen, sondern allenfalls eine bessere und vernünftige Lösung zu finden. Im Weiteren können sie sich vorstellen, dass der Prozess allenfalls weniger Kosten wird als zusätzliche biodiverse Massnahmen an einem anderen Standort. Die FDP wird das Postulat annehmen und nicht abschreiben.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, betont, dass er nicht zu einem Regelbruch aufrufen will. Seine Intention ist, dass etwas das einmal bewilligt wurde, bei veränderten Bedürfnissen angepasst werden kann. Es geht darum zu reflektieren, ob das Gesuch auch abgeändert bewilligungsfähig wäre. Dies wurde leider nicht geprüft. Mit etwas politischem Willen könnte die Hecke, die Jahrzehnte lang gewachsen ist, und die Grube bestehen bleiben.

Gemeinderat Konrad Hädener bezieht sich auf das Baugesuch, das gemäss Stadtrat Thomas Hiltbold auch in geänderter Form hätte eingereicht werden können. Das eingereichte Baugesuch war die Erfüllung aus dem Baupolizeiverfahren, das sich darauf berufen hat, die im ursprünglichen Baubewilligungsverfahren verordnete Auflage «Wiederherstellung zur Fruchtfolgefläche» durchzusetzen. Sie hatten somit nicht die Freiheit, das Baugesuch abgeändert einzureichen. In diesem Zusammenhang wurde das vorliegende Anliegen in Form einer Einsprache behandelt und geprüft. Der ehemalige Regierungsstatthalter hat bereits mehrmals mit dem Gemeinderat zusammen diskutiert und versucht, den Spielraum im Rahmen des Einspruchsverfahrens auszufahren. Vermisst hat er im Votum von Stadtrat Thomas Hiltbold das Thema Fruchtfolgeflächen. Der Verlust dieser Flächen kann durch diese Massnahmen kompensiert werden. Die Vernetzung von solchen Lebensräumen ist wichtig und diese Vernetzung fehlt, weil es eine ökologische biodiverse Insel darstellt. Mit dem Masterplan Landschaftsentwicklungsgebiet Pfandern-Buchholz besteht die

Absicht, grössere zusammenhängende Gebiete zu entwickeln, damit eine vernünftige Landwirtschaft möglich ist und ein Ökosystem, das mit anderen Räumen vernetzt ist, entsteht. Sie haben die Auflage, im Sinn des ökologischen Ausgleichs, die Hecke zu versetzen.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne/JG**, findet, dass eine Auflage von 1975 im Sinne der Rechtsentwicklung im Licht von 2022 auszulegen ist. Bei Juristen gibt es oft verschiedene Meinungen. Ihm fehlt hier aber der gesunde Menschenverstand. Mit der neuen Auflage soll auf derselben Fruchtfolgefläche jedoch an einem anderen Ort die Hecke, die jetzt zerstört werden soll, wieder aufgebaut werden. Er versteht nicht, wieso die Hecke nicht einfach dort bleiben kann, wo sie von selbst entstanden ist. Seiner Meinung nach ist der Auftrag zu wenig geprüft worden. Er findet, dass die Stadt Thun hier mit mehr Engagement dahinter gehen könnte.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an und schreibt es mit 19 : 16 Stimmen bei zwei Enthaltungen nicht ab.

30. Postulat P 16/2021 betreffend Einführung von Schulgärten an der Volksschule der Stadt Thun

Fraktion EVP+EDU vom 18. November 2021; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und das Verständnis, dass in der Schadaugärtnerei kein Land reserviert werden muss. Das Grundanliegen des Postulats ist, den Kindern einen Zugang zur realen Welt zu schaffen und reale Beziehungen aufleben zu lassen. Sie sind der Meinung, dass der Garten eine ideale Lernumgebung ist, um diese Ziele zu erreichen. Die Antwort des Gemeinderates erscheint der Fraktion etwas lustlos und wenig engagiert, weil der Gemeinderat die Initiative mehrheitlich auf die Lehrer abschiebt. Als der Hauswirtschaftsunterricht eingeführt wurde, hat niemand darauf gehofft, dass die Lehrpersonen sich dieser Aufgabe von selbst annehmen. Es wurden Schulküchen gebaut, welche bis heute als wichtige Lernumgebung geblieben sind. Das Argument, dass solche Lernumgebungen den intellektuell weniger starken Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten aufzeigt, ist der Fraktion wichtig. Weiter spielen bei solchen Unterrichtsgefässen soziale und emotionale Kompetenzen eine wichtige Rolle, die mit diesen Unterrichtseinheiten gezielter gefördert werden können. Es gibt eine Bildungsstrategie und der Fraktion ist es ein Anliegen, dieses Postulat dort einfließen zu lassen. Er beantragt die Annahme und Nichtabschreibung des Postulats.

Sonja Graf, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass der Gemeinderat ausführlich Auskunft erteilt hat und es in der Fraktion keinen Widerspruch gab. Im Lehrplan 21 ist nicht vorgesehen, dass Schulen eigene Gärten betreiben. Es gibt auch andere Möglichkeiten, den Kindern das Gärtnern näherbringen zu können. Beispielsweise könnten Hochbeete bepflanzt werden, was in verschiedenen Schulen bereits gemacht wird. Ausserdem gibt es auf den Thuner Schulanlagen genügend Flächen, um einen Garten oder Hochbeete einzurichten. Jedoch braucht es für die Bewirtschaftung sehr engagierte Lehrpersonen, denn im Zeitpunkt der Ernte sind meistens Sommerferien. Die Fraktion ist für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Alwin Hostettler, **Fraktion Grüne/JG**, sagt, dass die Fraktion viel Sympathie für den Unterricht in Schulgärten hat und findet, dass daraus wertvolle Erfahrungen für die Kinder gewonnen werden können. Die sehr gründliche Prüfung des Postulats zeigt auf, dass die Vorgabe für die Thuner Schulen und das Reservieren des Platzes in der Schadaugärtnerei nicht der richtige Weg ist, dies zu ermöglichen. Deshalb können sie das Anliegen so nicht fördern. Mit der Prüfung wird aufgezeigt, dass die Schulen genügend Platz für Schulgärten haben und durch den Umweltfonds sind auch finanzielle Unterstützungen möglich. Die Voraussetzungen wären gut. Damit aber langlebige Projekte entstehen können, braucht es Initiative und Motivation der Schulen und Lehrer*innen. In der Fraktion wurde angesprochen, dass sich

Gemeinschaftsgartenflächen, wie beispielsweise die Schadaugärtnerei, ideal eignen, um Schüler*innen während einzelnen Tagen einen Einblick zu gewähren, ohne den Aufwand eines eigenen Gartens. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig annehmen und abschreiben.

Alois Studerus, **Die Mitte-Fraktion**, erklärt, dass es solche Schulgärten noch gab, als er Schulkommissionspräsident war. Heute verschwinden diese Gärten immer öfter, weil auch die diesbezüglich engagierten Lehrkräfte verschwinden. Der Sinn und Zweck der Einsätze in diesen Schulgärten sind an und für sich richtig. Das Fazit in der Fraktion ist, dass die Thuner Schulen ein solches Angebot machen können. Die Schulen müssen sich aber entsprechend organisieren und entsprechende Lehrer, die sich dafür einsetzen, fördern. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, die Erkenntnisse aus solchen Schulgärten zu gewinnen. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat nicht zu strenge Vorgaben machen soll. Sie folgen dem Gemeinderat und nehmen das Postulat an und schreiben es ab.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch bedankt sich für gute Aufnahme und hält fest, dass es eine interessante Fragestellung ist, wofür der Gemeinderat eine gute Lösung anbieten kann. Das Gärtnern fördert vielseitige Kompetenzen. Sie findet es wichtig festzuhalten, dass an Thuner Schulen weiterhin engagierte Lehrpersonen unterrichten. Die hohe Belastung der Lehrpersonen ist zunehmend ein Grund, weshalb der Gemeinderat zusätzlich zum Lehrplan 21 keine weiteren Vorgaben machen will. Sie betont, dass die Möglichkeit von Schulgärten für alle Schulen besteht. Ideale Lernumgebungen unterstützt sie gerne. Im Rahmen der Bildungsstrategie können solche Fragen erneut behandelt werden. Das Anliegen wurde eingehend geprüft. Sie betont, dass die Schadaugärtnerei auch ohne Schulgarten ein attraktiver Ort ist.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, betont, dass die Aussenräume im Schulalltag wichtig sind. Der Knackpunkt liegt darin, dass Lehrpersonen immer weniger Zeit haben und zunehmend administrative Aufgaben machen müssen. Es gilt dafür zu sorgen, dass diese Aufgaben den Lehrpersonen nicht zusätzlich auferlegt werden. Den Lehrerinnen und Lehrern müssen Anreize geschaffen werden, dass sie die Gärten wieder anpacken wollen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 30 : 7 Stimmen ab.

31. Interpellation I 9/2021 betreffend dem Baufeld B5 im ESP Thun Nord – Sachstand

Mark van Wijk (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) und Barbara Rickli-Lehmann (FDP), vom 28. Oktober 2021; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) erklärt, dass sie nur teilweise befriedigt sind und eine kurze Diskussion wünschen.

Der Rat stimmt der Diskussion mehrheitlich Stimmen zu.

Der Stadtpräsident weist darauf hin, dass die Antwort vom 9. Februar 2022 datiert ist und sich seither einiges verändert hat. Der Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Thun Nord war ein abgeschlossenes System. Er wird nun einer zivilen und offenen Nutzung zugeführt. Das birgt gewisse Risiken und macht das Projekt nicht einfach. Seither haben verschiedene Absprachen stattgefunden und in den letzten Wochen hat die Empa, als komplexe Nutzerin, ihre Erfahrungen aus dem Laborbau in Dübendorf in das Projekt eingebracht, was zu zusätzlichen Anforderungen und Erkenntnissen geführt hat. Die Empa hat mit der Halter AG abgemacht, dass sie nicht im letzten Quartal 2024 sondern im ersten Quartal 2025 einziehen und solange im General-Herzog-Haus bleiben wird. Ihm ist wichtig, dass bewusst bleibt, dass es sich um ein komplexes Projekt handelt und dass nicht immer alles gemäss Zeitplan abläuft. Strategisch ist es wichtig, dass der Neubau für die Empa realisiert werden kann. Der neu dazugekommene Bahnanschluss erhöht einerseits zwar die Attraktivität aber andererseits auch die Komplexität. Er bittet den Stadtrat für Verständnis,

wenn der Zeitplan nicht strikte eingehalten werden kann. Sie müssen flexibel bleiben und die neu gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigen.

Markus van Wijk (FDP) dankt für die Beantwortung und fände es schön, wenn die vorgängig vom Stadtpräsidenten erläuterten Informationen in die Antwort eingeflossen wären. Die Antworten sind nach Ansicht der FDP sehr allgemein gehalten. Sie befürchten, dass die Stadt Thun bei diesem entscheidenden Gebiet bisher zu wenig gemacht hat, um eine wichtige Entwicklung zu realisieren. Die in der Botschaft 2020 dargelegten Interessenslage verschiedener Unternehmen wurde nicht konkretisiert. Es wäre spannend zu wissen, wer bereits zugesagt hat und er fragt den Gemeinderat konkret, ob bereits Firmen, nebst der Empa, sich im B5-Areal niederlassen wollen. Sollte dies nicht der Fall sein, erwartet die FDP in diesem Zusammenhang einen Booster im Bereich Marketing. Die Formulierung, dass der Gemeinderat gewillt ist, die nötige Geduld aufzubringen, ist irritierend. Es tönt nach wenig Initiative und nach Orientierungslosigkeit. Wenn der Begriff «Manufacturing-Hub» nicht bloss eine Plattitüde bleibe soll, muss er mit einer geschärften Strategie verbunden werden, die insbesondere die künftige Bewegung und der gemeinsame Nutzen und Energieeffekt definiert und festgelegt, welche Firmen tatsächlich zusammenpassen. Nur so kann das Gebiet B5 als Innovation und Produktionsstandort an Ausstrahlung und Dynamik gewinnen.

Alois Studerus, Die Mitte-Fraktion, reflektiert zuerst noch die Aussage von Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch im vorangehenden Geschäft und stellt klar, dass die Fraktion nicht der Ansicht ist, dass die Stadt Thun keine engagierten Lehrpersonen mehr hat. Zum aktuellen Geschäft dankt er für die Beantwortung. Für die Stadt Thun ist der ESP im Gebiet B5 wichtig. Momentan herrscht eine Art Zwischensituation. Die Entwicklung des ESP Nord braucht günstige Rahmenbedingungen. Die Politik wird auch einbezogen werden und die Entwicklung wird noch weitergehen. Will man andere Firmen ansiedeln, gilt es zu beachten, dass die Firmen mit einem anderen Zeithorizont planen als bei diesem Projekt geplant wird. Diese Diskrepanz spielt auch eine Rolle.

Thomas Rosenberg, Fraktion Grüne/JG, dankt für die Antwort und hat Verständnis für die Interpellation, obwohl die Fraktion zu keinem Zeitpunkt daran gezweifelt hat, dass das für Thun wichtige Projekt nicht auf Kurs ist. In diesem Kontext möchten sie aber betonen, dass das Schaffen von grossen Flächen für gewerbliche Nutzung für die Peripherie von Thun nicht die einzige wichtige Wirtschaftsförderung darstellt. Wie auch die Corona-Krise verstärkt gezeigt hat, ist es essenziell, die lokalen Geschäfte zu fördern. Es gilt ein Umfeld zu schaffen, das erlaubt, dass lebendige und innovative Quartierzentren entstehen können. Hier wird die Wirtschaftsentwicklung stark gefordert sein in Zukunft. Ein Label «Made in Thun» könnte interessant sein.

Christoph Lauener, SVP-Fraktion, erwähnt, dass das Baufeld B5 für Thun ein wichtiges Projekt ist. Historisch betrachtet war Thun schon immer ein wichtiger Standort für Technologie und Innovation und das ist heute immer noch so. Der Entscheid der Empa, in Thun zu bleiben, ist ein starkes Signal für unsere Region. Wichtig zu wissen ist, dass die Technologiebranche meistens auf gute Zulieferer und Spezialistentum basiert. Zulieferer haben weitere Zulieferer und andere Verknüpfungen. Meistens handelt es sich um kleine Firmen und für diese ist Planungssicherheit entscheidend. Keine Firma plant einen Umzug ins Ungewisse. Das Risiko von Bauverzögerungen oder bestehenden Mietverträgen ist ein kritischer Punkt. Grosse Projekte laufen meistens nicht nach Projektplan. Er ist aber zuversichtlich, dass sobald ersichtlich ist, dass etwas aus dem Boden wächst, sich die Situation anders präsentieren wird. Vorher kann kein Ansturm erwartet werden. Es ist wichtig, dass der Halter AG als Gesamtprojektleiterin Vertrauen geschenkt wird und mit dem ganzen Campus eine Chance für Thun genutzt wird und smarte Arbeitsplätze generiert werden.

Der Stadtpräsident macht nochmals Ausführungen zum Gesamtzusammenhang des Projekts. Auslöser des Ganzen war, dass die Empa ihren Wegzug angekündigt hat. Das hat zu einer Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern, der Stadt Thun und der Empa geführt, wonach die Empa in Thun bleibt und ausbaut. Das war keine einfache Diskussion. Dass der Bund beschliesst, eine neue Bahnstation zu bauen, brauchte

im Hinblick auf den Verteilungskampf auch sehr viel Einsatz. Ausserdem gab es einen Wechsel vom Campus B3 zum Campus B5 und ein Wettbewerbsverfahren. Aus der Sicht des Gemeinderates ist es durchaus ein sehr komplexes Geschäft und sie sind bereits weit gekommen. Sie haben sich hohe Ziele gesetzt, die nicht einfach zu erreichen sind. Bezüglich der Interessenten sagt er, dass es bereits einige gibt aber viele Unternehmen eine gewisse Unsicherheit sehen. Diese Unsicherheiten gibt es tatsächlich, weil es ein komplexes Geschäft ist. Auch wenn die Stadtratsmitglieder nicht sehen, was alles gemacht wird, hat er nicht das Gefühl, dass der Gemeinderat in dieser Angelegenheit zu wenig macht. Letztlich sind sie aber auch darauf angewiesen, dass die Halter AG, die den Wettbewerb gewonnen hat, einen guten Job macht. Heute hatte der Gemeinderat einen Termin mit dem Rat für Raumordnung und sie versuchen unter anderem mit Bachelor- und Masterarbeiten die Raumplanung besser mit der Wirtschaftsförderung zu vernetzen. Der Gemeinderat hat einen Plan und Ambitionen, die er anstrebt.

32. Interpellation I 7/2021 betreffend Lindenbäume Waisenhausstrasse/Eigerplatz

Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP und Fraktion Grüne/JG vom 23. September 2021; Beantwortung

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, erklärt, dass die Interpellanten befriedigt sind und keine Diskussion verlangen.

33. Fragestunde F 4/2022 betreffend Ortsplanungsrevision (OPR); Markus van Wijk (FDP) und Hanspeter Aellig (FDP) vom 22. März 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 4/2022 wird schriftlich beantwortet.

34. Fragestunde F 5/2022 betreffend Baumfällung von zwei Pappeln auf dem Kleistinseli; Adrian Christen (SP) vom 22. März 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 5/2022 wird schriftlich beantwortet.

35. Fragestunde F 6/2022 betreffend Energieträger Gas und Energie Thun; Adrian Christen (SP) vom 22. März 2022; Beantwortung

Die Fragestunde F 6/2022 wird schriftlich beantwortet.

36. Dringliches Postulat P 6/2022 betreffend Prüfung der allgemeinen Versorgungssicherheit in der Stadt Thun; Fraktion SVP vom 24. März 2022; Dringlichkeitsbeschluss

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, hält fest, dass die Dringlichkeit des Postulats aus jedem aufgeführten Punkt erkennbar ist. Die tragische Situation in Osteuropa wird spürbar und das allein sei Begründung genug, das Postulat für dringlich zu erklären.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit grossmehrheitlich an.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident weist auf die Einladung zur 125-Jahr-Jubiläumsfeier der SP Thun vom 2. Juli 2022 hin. Er schliesst die Sitzung als Doppelsitzung, dankt für die Voten und wünscht einen schönen Abend.

Eingänge

- Motion M 1/2022 für eine Teilrevision des Personalreglements zur Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs; Franz Schori (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG vom 24. März 2022
- Postulat P 6/2022 betreffend Prüfung der allgemeinen Versorgungssicherheit in der Stadt Thun; Fraktion SVP vom 24. März 2022
- Postulat P 7/2022 betreffend Förderung nachhaltiges Handeln beim Bauen; Fraktion glp/EVP/EDU, Fraktion SP, Fraktion Die Mitte, Fraktion Grüne/JG vom 24. März 2022
- Postulat P 8/2022 weg vom russischen Gas; Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP und Fraktion glp/EVP/EDU vom 24. März 2022
- Postulat P 9/2022 betreffend die Priorisierung der Vergabe von Bootsplätzen und Weiterentwicklung der Hafenanlage; Philipp Deriaz (SVP), Reto Schertenleib (SVP) und Fraktion SVP vom 24. März 2022
- Postulat P 10/2022 betreffend Förderung der Vereinszugehörigkeit von Thuner Bürgerinnen und Bürger; Thomas Bieri (SVP), Eveline Salzmänn (SVP) und Fraktion SVP vom 24. März 2022
- Interpellation I 4/2022 betreffend Thuner Verkehrsregime; Valentin Bortler (SVP), Philipp Deriaz (SVP), Fraktion SVP vom 24. März 2022

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder